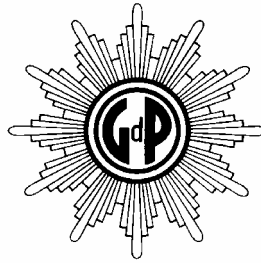


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 20. April 2005

CDU-Symposium zur Zwangsprostitution:

GdP: Kampf gegen Menschenhandel erfordert vor allem mehr Personal

Berlin. „Die von der Union mit Recht beklagte Zunahme von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist allein mit weiteren Straftatbeständen nicht einzudämmen“, kommentiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die am Mittwoch auf dem CDU-Symposium „Zwangsprostitution effektiv bekämpfen“ erhobenen Forderungen.

Freiberg: „Um an die Drahtzieher und Hauptakteure dieser hochprofitablen Schwermriminalität heranzukommen, sind langwierige und umfangreiche Strukturermittlungen notwendig, für die, wie in allen anderen Bereichen der Organisierten Kriminalität bei der Polizei, die Leute fehlen. Es ist unlauter, dem modernen Sklavenhandel den Kampf ansagen zu wollen, wenn auch in den unionsgeführten Bundesländern der Personalabbau unverdrossen weitergeführt wird.“

Die Einführung neuer Tatbestände gegen die sexuelle Ausbeutung von Menschenhandelsopfern und die Ermöglichung der Telekommunikation bei allen Straftaten des Menschenhandels seien aus polizeilicher Sicht zwar ebenso zu begrüßen, wie die von der GdP seit langem geforderte Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, jedoch bleibe die Union die Antwort schuldig, wie sie die Polizei entsprechend ausstatten will.

Freiberg: „In ihrem eigenen Gesetzentwurf gesteht die Union am Ende ein, dass der Mehraufwand, der bei der Strafverfolgung durch die Gesetzesänderungen entstehe, nicht hinreichend abgeschätzt werden könne. Dabei können wir helfen: Uns fehlen Zehntausende Polizeibesetzte.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190